



KLIMAKRISE

ANPASSUNG
UND RESILIENZ



WAHLEN 2023: KEINE VERÄNDERUNG IN SICHT
GUKURAHUNDI: DIE STIMMEN WERDEN NICHT LEISER
LITERATUR: TENDAI HUCHU IM GESPRÄCH

INHALT

EDITORIAL

Christoph Beninde 2

WAHLEN

Brian Raftopoulos und Sara Dorman
Unterdrückung und Einschüchterung 4

Hajo Zeeb
Impressionen rund um die Wahl 6

Wolfgang Herzog
Nach den Wahlen – wie weiter? 8

SCHWERPUNKT KLIMAKRISE

Gisela Feurle
Climate Crisis, Food Security and
Resilience 10

Rodger Mpande
Zivilgesellschaft und Klimakrise 12

Steve Mberi
Lokales Wissen und
Ernährungssicherheit 13

THEMEN

Anton Mlynczak
Lithiumförderung boomt 15

Hazel Cameron
Gukurahundi – genozidale
Vergewaltigungen als Staatspolitik 19

Rita Schäfer
Gukurahundi – neue Forschungen und
Augenzeugenberichte 23

ZIMBABWE NETZWERK 40

Bernward Causemann
Vorwärts und nicht vergessen 25

Heidi Hesse
Mitgliederversammlung des ZN 27

Publikation: Solidarität mit Zimbabwe ... 28

Petra Stammen
Zum Tod von Pater Oskar Wermter SJ 29

KULTUR

Rita Schäfer
Tendai Huchu 30

PROJEKTE

Christoph Dehn
**Vom Ende eines Glaubenssatzes
über das Fischen 32**

**Tanzshow –
Lebendige Schulpartnerschaft 33**

DEUTSCH-SIMBABWISCHE GESELLSCHAFT

Dieter Velten
**Musangano Lodge: Investition in die
Zukunft 34**

MutARE Tales: Erfolgreicher Auftakt 35

Kerstin Hemker/Klaus Kopp
Loice – Vom Schatten ins Licht 36

**2023 – ein sehr aktives Jahr mit vielen
Highlights und Begegnungen 37**

Termine 2024 der DSG 38

Zimbabwe Workcamps in 2024 39

IMPRESSUM 26

„Zimbabwe“ und „Simbabwe“

Im ZiF verwenden wir sowohl die englische Schreibweise „Zimbabwe“ als auch die deutsche „Simbabwe“. Als Redaktion halten wir uns grundsätzlich an die englische Schreibweise entsprechend unseres Vereinsnamens Zimbabwe Netzwerk.

„Simbabwe“ ist im Deutschen allemal korrekt. Daher überlassen wir Autor*innen, die nicht der Redaktion angehören, die Schreibweise mit „S“, wenn ihnen das wichtig ist.

Unterdrückung und Einschüchterung bei Zimbabwes Wahlen

Brian Raftopoulos und Sara Dorman

Ein ungleiches Spielfeld

Die Hoffnung der Bürgerinnen und Bürger auf einen legitimen und glaubwürdigen Wahlprozess, der eines der zentralen Ziele des Befreiungskampfes, nämlich „eine Person – eine Stimme“, erfüllen würde, bleibt unerfüllt. Die harmonisierten Wahlen 2023 waren die jüngste Wiederholung umstrittener Wahlen, wie sie die öffentliche Sphäre in Zimbabwe in der Zeit nach der Unabhängigkeit geprägt haben.

Seit 2018 hat die Regierungspartei ZANU-PF eine Vielzahl von Strategien angewandt, um die Opposition zu demontieren. Dazu gehören:

- Der Einsatz der Justiz, um Nelson Chamisa nach dem Tod von Morgan Tsvangirai von seinem Posten als Vorsitzenden der MDC-Allianz zu entfernen.
- Die Einsetzung einer gefügigeren MDC-Führung unter Douglas Mwonozora, der derzeit behauptet, der „legale“ Präsident der MDC-Allianz zu sein.
- Der Hauptsitz der MDC-Allianz und die staatlichen Mittel, die der parlamentarischen Opposition zur Verfügung stehen, wurden an die Mwonozora-Führung weitergeleitet.
- Die Schaffung eines von der ZANU-PF kontrollierten Prozesses für den Dialog der politischen Akteure (POLAD), an dem sich Chamisas Partei nicht beteiligen wollte.
- Schikanen gegen Mitglieder der Opposition im Vorfeld der Wahlen des Jahres 2023, einschließlich politisch motivierter Festnahmen und Inhaftierungen.

Der zivilgesellschaftliche Raum in Zimbabwe wurde auch durch die systematische Viktimisierung der führenden Persönlichkeiten (Lehrer*innen, Ärzt*innen, Student*innen, Journalist*innen) stark beeinträchtigt. Nicht nur der Einsatz des staatlichen Sicherheitsappa-

rats zur Einschüchterung der zivilgesellschaftlichen Akteure, sondern auch spezifische Gesetze bedrohen deren Grundfreiheiten.

- Die umstrittene Änderung des Gesetzes über private Freiwilligenorganisationen (sogenanntes PVO-Gesetz) bedrohen das Recht auf Vereinigungsfreiheit, indem sie die Leitung und die Programmaktivitäten der zivilgesellschaftlichen Organisationen kontrollieren. Der UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit äußerte sich sehr besorgt über dieses Gesetz und seine erwarteten Auswirkungen.

- Das Gesetz zur Kodifizierung und Reform des Strafrechts, gemeinhin als „Patriot Bill“ bezeichnet, kriminalisiert zimbabwische Staatsangehörige, die mit ausländischen Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Regierungsstrukturen sprechen. Das Gesetz ist zwar als Aufruf zur Kriminalisierung von Personen und Institutionen



Die ZANU-PF war schon Wochen vor der Wahl siegessicher

formuliert, die Sanktionen fordern, es zielt aber darauf ab, Zimbabwer*innen innerhalb und außerhalb des Landes daran zu hindern, „negativ“ über das Land zu sprechen.

- Der zunehmende Einsatz des Gesetzes zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit (Maintenance of Peace and Security Act) als „bevorzugte Waffe“ der Regierung Zimbabwes zur Verfolgung von Bürgern erinnert an das Gesetz zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung (Law and Order Maintenance Act) des Siedler-Kolonialregime zur Unterdrückung antikolonialer Kämpfe während der Zeit der weißen Minderheitsherrschaft¹.

1 Zimbabwe Lawyers for Human Rights, The Legal Monitor, 29 April 2022, p1.



ZANU KA – Der Filz zwischen Partei und Justiz verströmt einen üblen Geruch (Karikatur von Owen Maseko)

Wahlen 2023: Anfechtung der Ergebnisse

Vor diesem politischen Hintergrund ist es nicht überraschend, dass das Mnangagwa-Regime den Wahlsieg für sich beanspruchte. Bei den Präsidentschaftswahlen erhielt Mnangagwa laut Wahlkommission 52,6 % der Stimmen, während Nelson Chamisa von der CCC mit 44 % an zweiter Stelle lag. Von den insgesamt 210 Parlamentssitzen entfielen 136 auf die ZANU-PF und 73 auf die CCC, womit die ZANU-PF erneut nicht die von ihr angestrebte Zweidrittelmehrheit erreichte.

[...]

Beobachter*innen äußern Bedenken

Auch die ersten Berichte der Wahlbeobachtermissionen äußerten sich kritisch über den Wahlprozess und stellten die Legitimität und Glaubwürdigkeit der Wahlen 2023 stark in Frage. Im Mittelpunkt dieser kritischen Bewertung stand der Bericht der SADC-Wahlbeobachtungsmission (SEOM). Darin wurden mehrere Aspekte des Wahlprozesses kritisiert, darunter die Methodik der Abgrenzung der Wahlkreise, die Verzögerung bei der Freigabe des Wählerverzeichnisses für die Opposition, das Verbot von CCC-Kundgebungen, die Repression

durch die o.g. Gesetze und die extreme Erhöhung der Nominierungsgebühren für Präsidentschafts- und Parlamentskandidat*innen. Weitere kritische Punkte waren:

- die unrechtmäßigen Aktivitäten des als *Forever Associates Zimbabwe* (FAZ) bekannten Quasi-Geheimdienstes, dessen Mitglieder an den Ausgängen mehrerer Wahllokale positioniert waren;
- der Mangel an fairer Berichterstattung durch die staatlich kontrollierten Medien und die Verweigerung der Einreise ausländischer Medienvertreter*innen;
- nicht zuletzt das verspätete Eintreffen der Stimmzettel in den Wahllokalen, insbesondere in den von der Opposition dominierten Gebieten von Harare und Bulawayo.

Viele Wahllokale öffneten nicht zur vorgeschriebenen Zeit, so dass sich die Wahlzeit auf den nächsten Tag verlängerte. Anderen gingen die Stimmzettel aus. Vorläufige Analysen zufolge war die Wahlbeteiligung in diesen Gebieten niedriger. Zudem gab es Fälle von Wähler*innen, die nicht wählen konnten, weil ihre Namen nicht im Wählerverzeichnis standen, weil sie im falschen Wahllokal gelandet waren oder weil sie keine Ausweise oder Pässe hatten.

Der SEOM-Bericht kam daher zu dem Schluss, dass einige Aspekte der harmonisierten Wahlen „nicht mit der Verfassung Zimbabwes und den SADC-Prinzipien und -Leitlinien für demokratische Wahlen (2021) vereinbar waren“. Der Zwischenbericht des Commonwealth äußerte ähnliche Bedenken und kam zu dem Schluss, dass der Wahlprozess zwar insgesamt reibungslos und friedlich verlief, es aber „eine Reihe wichtiger Probleme gab, die die Glaubwürdigkeit, Transparenz und Inklusivität des Prozesses beeinträchtigten“. Der Bericht der Afrikanischen Union, in dem diese Probleme ebenfalls angesprochen werden, sowie kritische Presseerklärungen der EU, der USA und des Sprechers des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zeigen, dass die Stimmen der Opposition in Zimbabwe in regionalen und internationalen Gremien immer mehr Beachtung finden, wenn es um die Legitimität der Wahlen im Jahr 2023 geht.

Wirtschaftlicher Aufschwung hängt auch von politischen Fortschritten ab

Bei seinen Versuchen, die wachsende Legitimationskrise zu überwinden, die durch die ernstesten Bedenken im Zusammenhang mit den Wahlen noch verstärkt wurde, wird sich das Mnangagwa-Regime auch mit der Wirtschaft befassen müssen. Eine große Hürde werden die Bedingungen sein, die im Verfahren der Afrikanischen Entwicklungsbankgruppe (ADB) zur Begleichung von Zahlungsrückständen und zur Lösung von Schulden-

problemen in Zimbabwe festgelegt sind. Eine der Bedingungen dieses Dialogs ist es, so der Präsident der ADB, die kritischen Fragen in Bezug auf Meinungsfreiheit, Menschenrechte und Menschenrechtsschutzes sowie die Umsetzung von Gesetzen im Einklang mit der Verfassung anzugehen und messbare Fortschritte zu erzielen. [...]

Kein Weg vorwärts?

Mit den Wahlen in Zimbabwe ist es erneut nicht gelungen, eine legitime politische Grundlage für eine neue Regierung zu schaffen. Die Unterdrückung und Einschüchterung von Wähler*innen, die von Wahlbeobachterteams verurteilt wurde, hat den Kritiker*innen der Wahlen Bestätigung verschafft. Der Weg zu Reformen in Zimbabwe ist nach wie vor sehr steinig.

Brian Raftopoulos ist Senior Research Fellow an der Nelson Mandela School of Public Governance, Universität von Cape Town, Südafrika.

Sara Dorman ist Senior Lecturer für Politics and International Relations an der Universität Edinburgh, Schottland.

Dieser Artikel ist die leicht gekürzte Übersetzung eines Beitrags, der in der Zimbabwe Review der Britain Zimbabwe Society (Ausgabe 23/3) im September 2023 erschienen ist. Wir danken für die freundliche Genehmigung.

Impressionen rund um die Wahl

Hajo Zeeb

Ich kam am Wochenende nach der Wahl in Zimbabwe an. Eine wie üblich geschäftige, aber in meiner Wahrnehmung erwartungsvoll gedämpfte Stimmung lag über Harare. Auf der Fahrt durch die Stadt fielen mir keine Besonderheiten auf, kleine Wahlplakate in A4 oder A3 Format waren scheinbar wahllos an Bäume und Pfähle geheftet, bunt gemischt CCC und ZANU PF. Die großen Plakate an einigen Kreuzungen schienen jedoch den ZANU-Kandidat*innen vorbehalten.

In den ersten Gesprächen mit Zimbabwer*innen in Harare wurde schnell klar, dass die Verzögerungen bei der Auslieferung der Wahlunterlagen und die kaum kommunizierte Verlegung von Wahllokalen klar als Schikane der Regierung wahrgenommen wurden, um die Leute vom Wählen abzuhalten. Von langen Schlangen wurde be-

richtet, aber kaum davon, dass sich davon jemand vom Wählen abhalten ließ – obwohl die Frustration vermutlich groß war, und gerade für Ältere das lange Warten eine große Belastung darstellte. An manchen Wahllokalen, so hörte ich, bauten Wartende ab Mittag Grillstände auf und boten improvisierte Versorgung an, weil klar war, dass sich das Ganze noch lange hinziehen würde. Mir wurden einige Social Media Videos gezeigt, in denen illegal am Ausgang der Wahllokale postierte Männer, die als „exit poll“ deklarierte Nachfragen zum Wahlverhalten stellen wollten, verbal scharf von Bürger*innen – sicherlich nicht großen ZANU-Fans – angegangen wurden und dann ihren Stand abbauten. Klar ist aber auch, dass dies vermutlich eher die Ausnahme war und an vielen Orten diese Einschüchterung unangefochten blieb.

Lokales Wissen und Ernährungssicherheit

Steve Mberi

Der Klimawandel ist in Zimbabwe keine drohende Krise, sondern er ist angekommen, und die Menschen müssen mit ihm leben. Klassische Indikatoren sind:

- Zunahme der jährlichen Durchschnittstemperatur im letzten Jahrhundert um 0,4 °C
- Rückgang der Niederschläge von Oktober bis April in etwa demselben Zeitraum um 10 %
- Zunahme der Häufigkeit von Hitzetagen: zwischen 1955 und 2003 eine Zunahme um 1,86 % pro Jahrzehnt (globaler Durchschnitt laut IPCC: 0,89 %)
- Zunahme der Häufigkeit von Dürren
- Zunahme der Länge und Häufigkeit von Trockenperioden während der Regenzeit
- Abnahme der Gesamtzahl der Regentage
- Verkürzung der Vegetationsperiode: später Beginn und frühes Ende der Regenzeit
- Überschwemmungen aufgrund tropischer Wirbelstürme

Die Veränderungen der Klimavariabilität führten zur 2020 veröffentlichten Neubearbeitung der fünf Agro-ökologischen Zonen des Landes. Die Naturregionen II und III, die den Großteil der Nahrungsmittel des Landes liefern, verkleinerten sich, während vor allem die Regionen IV und V zulegten. Die aus landwirtschaftlicher Sicht ungünstigste Zone V wurde in die Subzonen

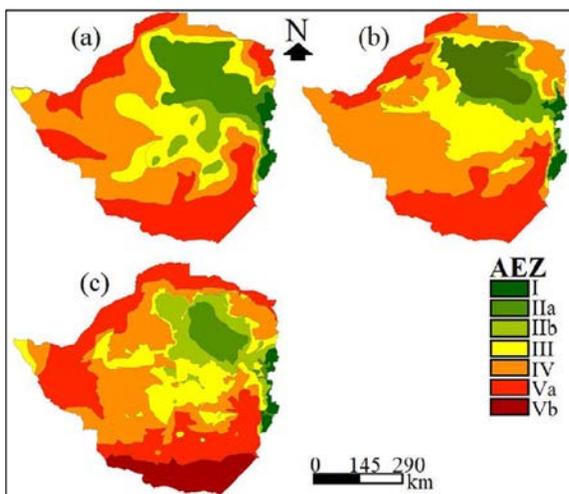
Va und Vb unterteilt. Die ganz im Süden liegende Zone Vb grenzt an die Nachbarländer Südafrika, Botswana und Mosambik. Hier ist reiner Regenfeldbau nicht mehr möglich und selbst beim Anbau dürreresistenter Pflanzen eine künstliche Bewässerung vonnöten.

Der Sonderbericht des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) betonte bereits 2018, dass das südliche Afrika eine der Regionen ist, die eine besonders starke Erwärmung erfahren wird. Klimaprojektionen für Zimbabwe deuten darauf hin, dass die jährliche Durchschnittstemperatur bis zum Jahr 2100 um bis zu 3,5 °C steigen und die Niederschläge um weitere 10 % abnehmen könnten (UNFCCC, 2022). Dürreperioden werden zunehmen und es wird mehr Tage mit Hitzeperioden geben. Eine geringere Wasserverfügbarkeit hätte sinkende landwirtschaftliche Erträge zur Folge, da die Landwirtschaft 70 % des Süßwassers verbraucht. Parallel dazu wird die Bevölkerung Zimbabwes von derzeit 15,2 Mio Menschen bis zum Jahr 2032 voraussichtlich auf 19,2 Mio Menschen anwachsen.

Auswirkungen der Klimakrise auf die Ernährungssicherheit

Auf lokaler Ebene beobachtete Veränderungen sind vor allem die oben genannten klassischen Indikatoren des Klimawandels, wobei Dürren und extreme Hitzeperioden von den Kleinbauern am häufigsten, Überschwemmungen dagegen am seltensten genannt wurden. Letztere werden häufig noch nicht als Folge des Klimawandels angesehen. Alle diese Veränderungen wirken sich negativ auf angebauten Nahrungspflanzen wie Mais aber auch traditionelle Getreidesorten wie Sorghum und Hirse aus, z. B. durch schlechte Keimung, Schädlingsbefall und mikrobielle Krankheiten oder Welken. Extreme Temperaturen können auch ein erhöhtes Krankheitsaufkommen bei der Viehproduktion bewirken.

In den Bezirken ist ein Rückgang der pflanzlichen Produktion zu verzeichnen. Es wird zwar eine Vielzahl von Feldfrüchten angebaut, Mais war aber in den Jahren 2020/2021 in allen drei untersuchten Bezirken die vorherrschende Kulturpflanze. Dies ist besonders in der agro-ökologischen Zone V problematisch und hat einen negativen Einfluss auf die Ernährungssicherheit. Verstärkt wird dies durch das Regierungsprogramm



Vergleich der Agro-Ecological Zones (AEZ) nach (a) Vincent und Thomas (1960) und (b) AGRITEX (1984) mit (c) ZINGSA AEZ (2020)

PFUMVUDZA/INTWASA, das den Bauern kostenlose Maissaat und Kunstdünger zur Verfügung stellt. Die Produktion von Ölfrüchten wie Erdnüssen war dürebedingt und durch neue auftretende Schädlinge zu gering, um die Versorgung der Haushalte zu gewährleisten. Die Situation der Ernährungssicherheit ist in allen drei Distrikten prekär. Im stadtnahen Kwekwe-Distrikt geht es den Kleinbauern vergleichsweise besser durch die Semiproletarisierung: Sie nehmen zusätzlich zur Landwirtschaft in anderen Bereichen Arbeit auf wie z.B. im handwerklichen Bergbau. Im entlegeneren Mangwe-Distrikt dominiert dagegen der traditionelle Tauschhandel, der aber durch das Fehlen geeigneter Infrastruktur behindert wird.

PFUMVUDZA als Anpassungsstrategie?

Als Anpassungsmethoden zur Bewältigung drohender Ernährungsunsicherheit sehen die Bauern in den drei Bezirken vor allem das Regierungsprogramm PFUMVUDZA/INTWASA an.

Es wird zwar unter die indigenen Wissenssysteme subsumiert („indigenous knowledge systems“ IKS), gilt aber durch den Einsatz von Kunstdünger sowie Hybridsaatgut als pseudo-agroökologische Methode. Andere Anpassungsstrategien sind die Verwendung natürlicher Düngemittel, die Verwendung einheimischen Saatguts sowie der Anbau dürreresistenter Pflanzen wie z. B. Sorghum, Perl- und Fingerhirse, Maniok und Kuhbohnen. Auch werden Naturerscheinungen zur Wettervorhersage angewendet wie z. B. bestimmte Windbewegungen und -muster, das Vorkommen und der Entwicklungsstand einheimischer Wildpflanzen sowie das Verhalten von Tieren, insbesondere von Insekten, Vögeln, Wild- und Haustieren. Gründüngung, biologische Schädlingsbekämpfung oder die Speicherung von Regenwasser werden wenig verwendet.

Inwieweit die Landwirte aus Gründen der ökologischen Nachhaltigkeit an dem Regierungsprogramm PFUMVUDZA/INTWASA teilnehmen oder ob sie auf die kostenlosen Betriebsmittel abzielen, muss offen bleiben. Ein Studienteilnehmer aus dem Kwekwe-Distrikt sagte dazu: „Wir haben kein Geld, um Betriebsmittel zu kaufen, vor allem Düngemittel sind so teuer geworden, und da wir am Pfumvudza/Intwasa-Programm teilnehmen, erhalten wir trotz des hohen Arbeitsaufwands kostenlose Betriebsmittel, was für uns in den kommunalen Gebieten mit begrenzten Finanzquellen ein Anreiz ist.“



Wasser wird zu einem kostbaren Gut

Indigenes Wissen gewinnt an Bedeutung

Die Verwendung von Hybridsaatgut ist kritisch anzusehen, da die Aussaat einheimischen Saatguts eingeschränkt und so die Abhängigkeit der Bauern von Hybridsaat erhöht wird, die in der nächsten Saison nicht mehr verwendet werden kann. Dies schwächt die Widerstandsfähigkeit der Bauern bei der Erhaltung der biologischen Vielfalt der Nutzpflanzen und somit beim Erreichen von Ernährungssouveränität und -sicherheit. Im Allgemeinen stützen sich die von staatlichen und nichtstaatlichen Stellen verfolgten Ansätze zur Ernährungssicherung weitgehend auf konventionelle landwirtschaftliche Systeme. In Folge des Klimawandels sind jedoch indigene Wissenssysteme wieder aufgetaucht und gewinnen zunehmend an Bedeutung als wertvolle Strategien zur Bewältigung und Anpassung an Umweltveränderungen und zur Erhaltung der Nahrungsmittelressourcen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung, solche indigenen Wissenssysteme und lokalen Handlungsmöglichkeiten öffentlich zu machen und zu verbreiten und so die Klimaresilienz durch die Nahrungsmittelproduktion und -sicherheit zu fördern.

Der Artikel ist ein Auszug aus dem Beitrag des Autors „Lokale Wissenssysteme, Klimakrise und Folgen für die Ernährungssicherheit in Zimbabwe: Erkenntnisse aus Zvimba, Kwekwe und Mangwe“

Übersetzung des Originals: Renate Bösche-Teuber

Steve Mberi hat Geographie und Umweltwissenschaften an der Midlands State University (BSc) und Development Studies an der NUST (MSc) studiert. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sam Moyo African Institute for Agrarian Studies (SMAIAS)

Gukurahundi – genozidale Vergewaltigungen als Staatspolitik

Hazel Cameron

(Veröffentlicht: 20. August 2023, 11.27 Uhr MESZ)

Warnung: Dieser Artikel enthält Berichte über sexuelle Gewalt.

Bei den Wahlen vom 23. August ist der Präsident von Zimbabwe, Emmerson Mnangagwa, im Amt bestätigt worden. Und das, obwohl er den Völkermord an einer Minderheit von Zimbabwe*innen im Südwesten des Landes beaufsichtigt hat, wie in meiner kürzlich veröffentlichten Studie nachgewiesen wird.

Als Genozidforscherin habe ich das Wesen, die Ursachen und die Folgen von Völkermord und massenhaften Gräueltaten sowie die Rolle externer institutioneller Beobachter untersucht. Seit 2011 untersuche ich die Verbrechen der Mächtigen in Zimbabwe. Dabei habe ich unter anderem offizielle britische und US-amerikanische Regierungsmitteilungen analysiert. Dies hat ein neues Licht darauf geworfen, welches Wissen die britischen und die US-amerikanischen Regierungen über die Gräueltaten gegen die Ndebele in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit Zimbabwes hatten.

Das unermessliche Leid der Opfer

Meine jüngste Studie befasst sich mit einer Militäroperation, die unter dem Namen Gukurahundi bekannt ist und zwischen 1983 und 1984 in Matabeleland und Teilen der Midlands in Zimbabwe stattfand. Auf der Grundlage von 36 ausführlichen Interviews mit Überlebenden bietet meine Studie neue Einblicke in die Operation Gukurahundi. Sie zeigt systematische Muster von Vergewaltigungen und anderen Formen sexueller Gewalt im Rahmen dieser Operation auf. Die Studie kommt zu dem Schluss, dass diese Muster auf eine staatliche Politik von systematischen genozidalen

Vergewaltigungen in den Jahren 1983 und 1984 hinweisen. Diese Politik wurde mit der Absicht betrieben, eine bestimmte ethnische Gruppe – die Minderheit der Ndebele in Zimbabwe – teilweise zu zerstören.

Meine Studie würdigt das unermessliche Leid der Opfer des Völkermordes und ihrer Nachkommen. Sie verdeutlicht auch, dass Völkermord über Generationen hinweg Opfer schafft. Die Zeit kann weder das zugefügte Trauma noch das Bedürfnis nach Gerechtigkeit beseitigen.

Der Völkermord

Im Januar 1983 leitete die Zanu-PF-Regierung von Robert Mugabe im gerade unabhängig gewordenen Zimbabwe ein massives Durchgreifen der Sicherheitskräfte gegen die Ndebele ein. Dies war sowohl politisch als auch ethnisch motiviert. Im Mittelpunkt der Operation stand eine Strategie des staatlich organisierten Terrors. Sie wurde von der 4.000 Mann starken Fünften Brigade der Nationalen Armee Zimbabwes unter der Führung von Perrance Shiri durchgeführt, der ausschließlich Shona angehörten.

Mnangagwa hatte in seiner Funktion als Minister für innere Sicherheit und Vorsitzender des Gemeinsamen Oberkommandos von Zimbabwe die Aufsicht über die Fünfte Brigade der Armee und den Geheimdienst CIO. Er berichtete direkt an Mugabe. Mnangagwa hat jedoch Vorwürfe zurückgewiesen, er habe eine aktive Rolle bei der Operation Gukurahundi gespielt.

Das erklärte Ziel der Kampagne war es, das Land von „Dissidenten“ zu befreien. Die überwältigende Mehrheit der von den Sicherheitskräften angegriffenen Personen gehörten jedoch zur zivilen Ndebele-Bevölkerung. Die Regierung betrachtete sie als Unterstützer oder potenzielle Unterstützer der politischen Opposition.



Betty wurde 1984 in Matabeleland Süd ermordet



Mahtafel in Matabeleland Nord für 19 Frauen und einen Mann, die 1983 in ihren Hütten verbrannt wurden

Zahl der Opfer bis heute unbekannt

1983 zog die Fünfte Brigade in Matabeleland Nord und einigen Gebieten der Midlands von Dorf zu Dorf. Ihre Anwesenheit führte zu extremer Gewalt. Im Februar 1984 wurde die Operation nach Matabeleland Süd verlegt, wo die staatlich gelenkten Gräueltaten und die Gewalt fortgesetzt wurden. Dazu gehörte auch die organisierte Aushungerung der Ndebele.

Über die Zahl der während der Operation Gukurahundi massakrierten Zivilisten, die keine Kämpfer waren, gibt es unterschiedliche Schätzungen. Eine vorsichtige Schätzung liegt zwischen 10.000 und 20.000. Dan Stannard, der interne Direktor des simbabwischen Geheimdienstes während der Operation Gukurahundi, geht jedoch davon aus, dass zwischen 30.000 und 50.000 Ndebele getötet worden sein könnten.

Zwar fand der Höhepunkt der Gewalt zwischen 1983 und 1984 statt, doch endete die Operation erst im Dezember 1987 mit der Unterzeichnung eines Abkommens über die nationale Einheit.

Vergewaltigung und sexuelle Gewalt

Meine Forschung zeigt, was bisher bei kriminologischen Prüfungen nicht berücksichtigt wurde: eine staatliche Politik der Vergewaltigung und sexuellen Gewalt, die sich während der Operation Gukurahundi gegen das

Volk der Ndebele richtete.

Der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda fällt ein historisches Urteil, in dem er feststellte, dass Vergewaltigung und andere Formen sexueller Gewalt als Völkermord im Sinne von Artikel II der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen gelten können. Das Tribunal erkannte an, dass Vergewaltigung und sexuelle Gewalt dazu dienten, die Minderheit der Tutsi in Ruanda 1994 zu zerstören.

Für meine Studie habe

ich Daten aus 36 ausführlichen Interviews mit männlichen und weiblichen Überlebenden in einer repräsentativen Auswahl geografischer Orte in Matabeleland gesammelt. Obwohl diese Studie im Vergleich zum Ausmaß der Gewalt und der Zahl der Opfer klein ist, lassen sich dennoch zuverlässige Schlussfolgerungen über die Art der Ereignisse ziehen. Zu den von mir identifizierten Mustern gehören:

»Dann hast du Angst, mit deiner Mutter zu gehen, weil etwas Schreckliches passieren könnte, sie werden sagen: ›Tu das deiner Mutter an.«

- öffentlich demonstrierte Vergewaltigungen durch mehrere Täter, die sich gegen Kinder und Erwachsene richten;
- Menschen, die gezwungen wurden, die Vergewaltigung von weiblichen und männlichen Familienmitgliedern mit anzusehen;
- Vergewaltigung und sexuelle Gewalt mit anschließender Massentötung;
- erzwungene innerfamiliäre Vergewaltigung;
- erzwungene Bestialität;
- erzwungene Nacktheit.

Dies sind Handlungen, die interpretiert werden können als „vorsätzliches Aufzwingen von Lebensbedingungen für die (Ndebele-)Gruppe, die darauf abzielen, ihre physische Zerstörung im Ganzen oder in Teilen herbeizuführen“. Dies stellt einen Verstoß gegen Artikel II (c) der UN-Völkermordkonvention dar.

Rituale der Entwürdigung und Erniedrigung

Die systematische Entmenschlichung und Entwürdigung der Ndebele durch erzwungene innerfamiliäre Vergewaltigungen bildete ein wiederkehrendes Muster staatlich zugefügten Leids. Sie war sowohl in Matabeleland Nord als auch in Matabeleland Süd allgegenwärtig. Eine der von mir befragten Personen, Bukhosi, war 1984 19 Jahre alt und lebte in Matabeleland Süd. Er berichtete von der grausamen Angst davor, dass die Fünfte Brigade ihn zwingen könnte, Sex mit seinen Verwandten zu haben. Sie würden drohen, ihn zu erschießen, wenn er sich weigerte.

„Es gab Zeiten, in denen wir uns nicht einmal trauten, mit unserer Schwester zusammen zu sein, ja nicht einmal zum Einkaufen zu gehen. Denn ich weiß, wenn diese Typen kommen und uns zusammen sehen, sagen sie: ‚Schlaf mit deiner Schwester‘. Dann hast du Angst, mit deiner Mutter zu gehen, weil etwas Schreckliches passieren könnte, sie werden sagen: ‚Tu das deiner Mutter an‘. Du hast sogar Angst, mit deinem Bruder zu Hause zu sein, weil sie ... diese Typen (Fünfte Brigade), wenn sie euch beide finden. Es ist schrecklich ... Also wurden wir alle getrennt ...“

Solche Rituale der Erniedrigung finden sich überall dort, wo eine Politik der genozidalen Vergewaltigung betrieben wird. Sie verursachen Scham und Demütigung. Sie hinterlassen zerstörte Gemeinschaften und Familien, deren Bindungen durch die Vernichtung sozialer Normen zerstört werden.

Vierzig Jahre später sind die generationenübergreifenden Auswirkungen der Operation Gukurahundi auf die Ndebele-Gruppe tiefgreifend. Die von mir befragten Personen berichteten häufig über Probleme mit der psychischen Gesundheit. Die Kinder von Überlebenden sind wütend und haben Schwierigkeiten, die brutale Geschichte ihrer Familie zu verstehen, wenn Fragen zu diesen schmerzhaften Erfahrungen mit Schweigen beantwortet werden.

Kommandanten gaben die Anweisungen

Ich habe auch Muster reproduktiver Gewalt festgestellt, die sich gegen Männer und Frauen richten. Dazu gehören:

- die Tötung der Föten schwangerer Frauen;
- Internierung in Konzentrationslagern zur sexuellen Versklavung (Vergewaltigungslager);
- erzwungene Schwangerschaften;
- Genitalverstümmelung.

Offiziere der Fünften Brigade zielten mit Messern, Bajonetten oder durch wiederholtes Treten auf die Gebärmutter schwangerer Frauen. Diese Handlungen können als „Maßnahmen zur Verhinderung von Geburten in-

»Sie führten die Vergewaltigungen entsprechend ihrem Rang durch.«

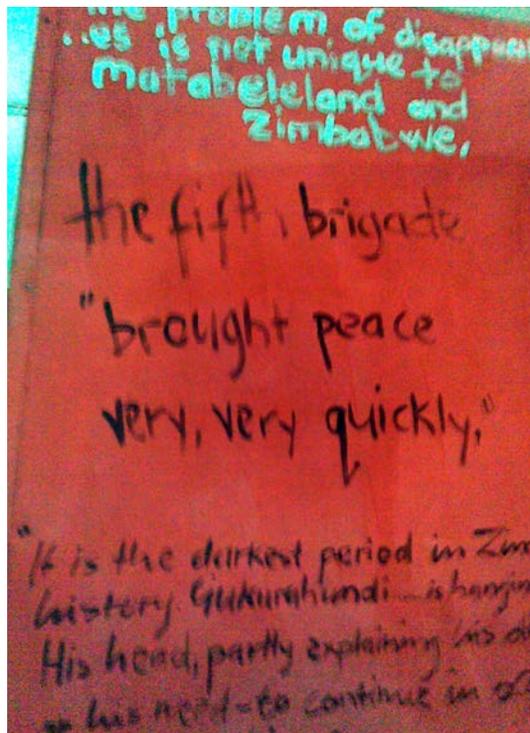
nerhalb der (Ndebele-)Gruppe“ interpretiert werden, ein Verstoß gegen Artikel II (d) der Völkermordkonvention.

Alle Teilnehmer meiner Studie berichteten über die Präsenz einer militärischen Rangstruktur – und über die Komplizenschaft von hochrangigen Offizieren bei Massenvergewaltigungen und sexueller Gewalt. Es gab keine Beweise für sexuelle Ausbeutung durch Armeeingehö-

rige zu ihrer persönlichen Befriedigung.

Eine andere Überlebende, Phindile, war 37 Jahre alt und lebte 1984 in Matabeleland South. In ihrem Dorf gab es 21 Gehöfte. Sie erzählte mir, dass es in ihrem Gebiet drei Kommandanten gab.

„Das waren diejenigen, die die Anweisungen gaben. Vergewaltigungen fanden bei Tag und bei Dunkelheit statt, aber die meisten wurden abends durchgeführt. Die Kommandeure waren dabei während sie aßen. Der Oberkommandierende saß in einiger Entfernung und gab Anweisungen, was zu tun war. Sie führten die Vergewaltigungen entsprechend ihrem Rang durch.“



Gukurahundi-Graffiti von Owen Maseko

Meine Nachforschungen haben ergeben, dass die Politik der Vergewaltigung und anderer Formen sexueller Gewalt systematisch war und auf der Absicht der Regierung beruhte, die Ndebele zum Teil zu zerstören. Diese Politik spiegelt die Ideologie und die strategischen Ziele der Verantwortlichen wider. Die grundlegenden Menschenrechte vieler Überlebender sind bis heute beeinträchtigt.

Unter den Teppich gekehrt

Die Strafverfolgung wegen Völkermordes erstreckt sich auf diejenigen, die ihn planen, anstiften, anordnen, begehen oder bei seiner Planung, Vorbereitung oder Ausführung Beihilfe leisten.

In den frühen 1990er Jahren sickerten aus Bosnien und Kroatien Berichte über staatlich organisierte Vergewaltigungen, die Inhaftierung von Frauen in Vergewaltigungslagern, erzwungene Schwangerschaften und andere sexuelle Gräueltaten durch. Die Sicherstellung von Anklagen wurde zu einer internationalen politischen Priorität. Ähnliche Berichte waren ein Jahrzehnt zuvor aus Zimbabwe aufgetaucht, wurden aber unter den Teppich gekehrt.

Informationen über genozidale Vergewaltigungen und andere Gräueltaten wurden von britischen Vertretern in Zimbabwe heruntergespielt. Dies war eindeutig politischen Überlegungen geschuldet, wie aus zahlreichen diplomatischen Depeschen zwischen Harare und London hervorgeht.

Die vom Dritten Reich in Nazi-Deutschland, den Roten Khmer in Kambodscha oder der Hutu-Regierung in Ruanda begangenen Verbrechen des Völkermords wurden von internationalen Gerichten untersucht, verfolgt und verurteilt. Doch 40 Jahre nach den massenhaften Grausamkeiten der Operation Gukurahundi hat es keine offizielle Untersuchung, Strafverfolgung oder Verurteilung gegeben. Die ranghöchste überlebende Person, die beschuldigt wird, den Völkermord und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit beaufsichtigt zu haben, der amtierende Präsident von Zimbabwe, genießt Straffreiheit. Er wird diplomatisch gestützt und umschmeichelt – so wurde er beispielsweise im Mai 2023 zur Krönung von König Charles III. des Vereinigten Königreichs eingeladen.

Anstatt sich in einem internationalen Verfahren vor einem Gericht zu verantworten, das für die Verfolgung der Massenverbrechen von Gukurahundi zuständig ist, bleibt Mnangagwa Präsident des Landes. Die Überlebenden werden ihre Suche nach Gerechtigkeit und Verantwortlichkeit fortsetzen.

Hazel Cameron ist Honorary Senior Research Fellow an der Universität von Stirling

Erklärung zur Offenlegung: Hazel Cameron erhielt für dieses Forschungsprojekt Mittel vom Carnegie Trust for the Universities of Scotland, der British Academy und einen Principal's Special Award der University of St Andrews.



„They are stepping on us“, verbotenes Gemälde von Owen Maseko